

## Impulsprogramm zur Konjunkturstützung

### Gezielte Maßnahmen zu Sicherung von Wachstum und Arbeitsplätzen

**Die negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf das reale Wirtschaftsgeschehen müssen so weit wie möglich eingedämmt werden. Gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten muss alles unternommen werden, um Wachstumskräfte zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Angesichts der zunehmenden Konjunkturrisiken ist ein rasches und aktives Gegensteuern erforderlich. Dies empfehlen auch die fünf Wirtschaftsweisen in ihrem aktuellen Jahresgutachten.**

Das nunmehr auf den Weg gebrachte Impulsprogramm enthält einen gezielten Mix wachstumsorientierter Maßnahmen und schafft damit eine Perspektive für die rasche Überwindung der drohenden Konjunkturschwäche.

Nach dem seit kurzem wirksamen Hilfspaket zur Gewährleistung von Stabilität und Funktionsfähigkeit des deutschen Finanzsystems richtet sich das Augenmerk nunmehr auf Maßnahmen zur Stützung von Konjunktur und Beschäftigung.

Das Impulsprogramm bündelt langfristig sinnvolle, kurzfristig umsetzbare und rasch wirksame Maßnahmen. Über einzelne Maßnahmen wird im parlamentarischen Verfahren sicher noch intensiv zu beraten sein. Ziel in der gegenwärtigen Lage muss es aber sein, schnell Anreize für mehr Investitionen und eine höhere Konsumbereitschaft zu schaffen. Und, was nicht unterschätzt werden darf: Die Menschen erwarten jetzt entschlossenes Handeln und ein spürbares Signal gegen eine weitere ökonomische Verunsicherung.

Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und Kreditangebote sowie günstigere Finanzierungsbedingungen für Existenzgründer stärken gezielt mittelständische Unternehmen. Um zusätzliche Investitionen in die Energieeffizienz von öffentlichen und privaten Gebäuden anzustoßen, werden die Mittel für das erfolgreiche CO<sub>2</sub>-

Gebäudesanierungsprogramm erheblich weiter aufgestockt. Die Erhöhung der Investitionsmittel in die Verkehrsinfrastruktur in den Jahren 2009 und 2010 um jeweils 1 Mrd. € dient in erheblichem Maße auch der Beschäftigungssicherung. Privathaushalte und Handwerk profitieren gleichermaßen von der deutlichen Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen. Zudem soll der schwierigen Lage der Automobilbranche mit zeitlich befristeten Anreizen zum Kauf von Neuwagen begegnet werden.

Das Impulsprogramm fördert in den Jahren 2009 und 2010 ein Investitionsvolumen von rund 50 Mrd. €. Adressat und Nutznießer sind die Wirtschaft, die privaten Haushalte und öffentliche Investoren. Zur Finanzierung wird eine Ausweitung der Neuverschuldung unausweichlich sein.

Das angestrebte Ziel eines Bundeshaushalts ohne Neuverschuldung im Jahr 2011 wird wegen der gesamtwirtschaftlichen Folgen der Weltfinanzkrise kaum noch zu erreichen sein. Haushaltskonsolidierung wird jedoch Markenzeichen der CSU-Politik bleiben. Wie wichtig die Sanierung des Staatshaushalts ist, zeigt sich gerade jetzt: Denn ohne die Konsolidierungserfolge der letzten Jahre wäre es schlicht unmöglich, der aktuellen ökonomischen Bedrohung mit den jetzt auf den Weg gebrachten Maßnahmen gezielt zu begegnen.

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,*

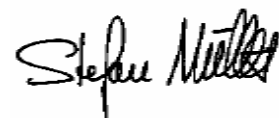
*das Ringen um die Erbschaftsteuerreform hat gezeigt: Es lohnt sich, für politische Grundüberzeugungen zu kämpfen. Die jetzt gefundenen Regelungen tragen elementaren Anliegen der Familien, der Familienunternehmen sowie der landwirtschaftlichen Betriebe Rechnung. Wir sind dem Schutz des Eigentums der Bürger wie keine andere Partei verpflichtet und haben dafür in den Verhandlungen mit der SPD intensiv gestritten.*



*Der Staat soll sich nicht endlos an dem bereichern können, was sich Menschen aus bereits versteuertem Einkommen erarbeiten. Dies gilt gerade auch für Erbschaften. Die steuerfreie Vererbung von Betrieben und von selbstgenutztem Wohneigentum wäre ohne unser hartnäckiges Verhandeln nicht erreicht worden. Bis zur endgültigen Verabschiedung des Gesetzes muss nun noch eine Vielzahl von Einzelfragen dingfest gemacht werden.*

*Die SPD ist nicht von ihrer Forderung abgerückt, dass durch die Erbschaftsteuer vier Milliarden Euro in die Steuercasse fließen müssen. Zugunsten der Familienunternehmen und der Familien hätten wir auch geringere Einnahmen akzeptiert. Das war mit der SPD aber nicht zu machen. Zugeständnisse waren deshalb notwendig. Manche Vorgaben bei der Betriebsübergabe und die Bedingungen, zu denen selbstgenutztes Wohneigentum an Geschwister, Neffen oder Nichten vererbt werden können, sehen wir jedoch nicht als endgültig an. Diese Themen kommen zurück auf die Tagesordnung, wenn wir im nächsten Jahr eine schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene erreichen. Unser Ziel bleibt es, das Erbschaftsteuerrecht dann zu regionalisieren.*

*Mit freundlichen Grüßen*



Stefan Müller MdB

## Bundeskriminalamt-Gesetz

# Maßgeblicher Baustein in der Sicherheitsarchitektur

**Mit dem BKA-Gesetz erhält das Bundeskriminalamt wichtige Instrumente zur Gefahrenabwehr im Bereich des internationalen Terrorismus. Diese Befugnisse orientieren sich weitgehend an den bereits bestehenden Befugnissen der Bundespolizei und der Landespolizeien. Die gesetzlichen Regelungen sind unabdingbar, nachdem die Aufgabe der Gefahrenabwehr im August 2006 im Rahmen der Föderalismusreform dem Bund übertragen worden ist. Wenn dem BKA neue Aufgaben übertragen werden, dann muss man dem Amt auch praxistaugliche Instrumente geben, um die Aufgaben erfüllen zu können.**

Mit dem BKA-Gesetz können künftig praktische Hindernisse in der Aufspaltung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern gerade in Fällen hoher terroristischer Bedrohung vermieden werden. Die gesetzlichen Ergänzungen stellen damit einen maßgeblichen Baustein in der Sicherheitsarchitektur des Bundes dar.

Vorgesehen sind u.a. Präventivbefugnisse, die der Polizei auf Länderebene bereits seit langem zur Verfügung stehen. Ein besonders sensibler Bereich ist die Befugnis zur Online-Durchsuchung. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass



Bundeskriminalamt Wiesbaden

ihre Privatsphäre und ihr Recht auf Selbstbestimmung geschützt bleiben. Und: Klar muss sein, dass auch bei der Bekämpfung gefährlicher Terroristen die strengen Richtlinien unseres bewährten Rechtsstaates gewahrt bleiben. Online-Durchsuchungen

können deshalb nur unter engen Voraussetzungen und grundsätzlich nur auf richterliche Anordnung erfolgen. Bei der Auswertung der gewonnenen Daten wird zudem der Datenschutzbeauftragte des Bundeskriminalamtes einbezogen.

Die gesetzlichen Vorgaben berücksichtigen vollständig die Vorgaben der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. So sind neben Regelungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung auch Benachrichtigungspflichten und Regelungen zum Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen vorgesehen. Die Online-Durchsuchung wird zudem nach 5 Jahren überprüft.

## Diese Woche

<b>Impulsprogramm zur Konjunkturstützung: Vertrauen schaffen - Wachstum stärken - Beschäftigung sichern</b>	<b>S. 1</b>
<b>Bundeskriminalamt-Gesetz: Wichtiger Baustein in der Sicherheitsarchitektur</b>	<b>S. 2</b>
<b>Links-Partei und Israel: Schande für die Linke</b>	<b>S. 2</b>
<b>Wirtschaftspolitik: Unterstützung für die Exportwirtschaft</b>	<b>S. 3</b>
<b>Personelle Veränderungen in der CSU- Landesgruppe</b>	<b>S. 3</b>
<b>Familienpolitik: Mehr Bares für die Familien</b>	<b>S. 4</b>
<b>Arbeitsmarkt: Schlagkräftigere Vermittlungsarbeit</b>	<b>S. 4</b>

### IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:  
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders  
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212  
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de  
internet: www.csu-landesgruppe.de

## Linkspartei und Israel

### Schande für die Linke

**Weite Teile der „Links-Partei“ weigern sich offenbar in unseliger DDR-Manier weiterhin, das Existenzrecht Israels anzuerkennen und eine elementare Grundsolidarität mit Israel zu zeigen. 11 Abgeordnete der „Links-Fraktion“ blieben in der letzten Woche demonstrativ einer Abstimmung über einen Antrag im Deutschen Bundestag fern, in dem u.a. die Solidarität mit Israel als wichtiger Teil der deutschen Staatsraison bezeichnet wurde.**

Zum Hintergrund: In der letzten Sitzungswoche hatte der Deutsche Bundestag anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht eine Resolution gegen den Antisemitismus verabschiedet. Die Erklärung war von allen im Bundestag vertretenden Parteien erarbeitet worden. Auf Initiative der Union war die „Linke“ bewusst nicht beteiligt worden. Daraufhin hatte die „Linke“ die Erklärung der anderen Fraktionen wortwörtlich übernommen, und die Abstimmung über beide Texte war zusammengezogen worden.

Die Nichtbeteiligung der „Links-Fraktion“ an der Texterarbeitung stellte sich dann als überaus berechtigt heraus. Denn 11 Abgeordnete der „Links-Fraktion“ haben sich bewusst nicht an der Abstimmung beteiligt.

Dieser Vorgang setzt Teile der „Links-Partei“ in ein bezeichnendes Licht. Seit Jahren hat sie es unterlassen, ihr noch aus DDR-Zeiten geprägtes und mitunter äußerst feindlich gestimmtes Verhältnis zum Staat Israel zu klären.

Und die „Links-Partei“ muss sich natürlich fragen lassen, wie sie es hält mit einer ehrlichen Haltung im gemeinsamen Kampf gegen den Antisemitismus, um den es schließlich in erster Linie in dem zur Debatte gestandenen Antrag ging. Das Abstimmungsverhalten der 11 linken Verweigerer jedenfalls lässt selbst „linkspartei“ – intern Zweifel daran offen, wie etwa das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Udo Wolf und weitere Vertreter der „Links-Partei“ einräumen.

## Wirtschaftspolitik

### Unterstützung für Exportwirtschaft

**Die Finanzkrise macht es vielen exportorientierten Unternehmen zunehmend schwierig, bei privaten Exportversicherern ausreichende Absicherungsmöglichkeiten zu mobilisieren. Maßgeschneiderte Finanzierungskonzepte sind jedoch vielfach Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Geschäftsabschluss im Ausland. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos plant deshalb, die Wirtschaft bei der Exportfinanzierung kräftiger zu unterstützen.**

Die Absicherung von Exportfinanzierungen über Bürgschaften (sog. „Hermesbürgschaften“) sowie über Investitionsgarantien ist gerade für solche Branchen wichtig, die wie die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer einen Großteil ihrer Geschäfte im EU-Ausland machen – also in Ländern wie Russland, China oder der Türkei. Im Bereich Textilmaschinen liegt der Exportanteil bei über 90 Prozent. Wie auch der Bundesverband Groß- und Außenhandel betont, nehmen bei diesen Geschäften die Lieferantenkredite zu. „Hermesbürgschaften“ werden also immer wichtiger, um Finanzierungen zu gewährleisten.

Es ist deshalb ein Zeichen vorausschauender Politik, wenn die Bundesregierung ihre Anstrengungen bei der Absicherung von Exportfinan-

zierungen intensiviert und Unternehmen mit „Hermesbürgschaften“ „in einem deutlich höheren Volumen zur Seite stehen“, wie es in einem Papier aus dem Glos-Ministerium heißt.



Maschinenbau Foto: Photocase

2007 hat die Bundesregierung Neugeschäfte in Höhe von 17 Mrd. Euro mit „Hermesbürgschaften“ abgesichert. Der größte Teil entfiel mit 61 Prozent auf Russland, gefolgt von

China und der Türkei. Für eine Ausweitung der Exportfinanzierung sind Mittel vorhanden: Im Bundeshaushalt ist ein Ermächtigungsrahmen in Höhe von 117 Mrd. Euro verankert.

Der Bundeswirtschaftsminister macht sich zudem auf EU-Ebene dafür stark, dass die EU für eine Übergangszeit staatliche Exportkreditversicherungen auch für kurzfristige Geschäfte in Länder der OECD wieder ermöglicht.

Dies hätte eine „deutliche Breitenwirkung und würde insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen helfen, die innerhalb der EU und in den OECD-Ländern aktiv sind“, wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag betont. Letztlich dient die Bürgschaftsausweitung vor allem auch der Sicherung von Arbeitsplätzen.

## Personelle Veränderungen in der CSU-Landesgruppe

### Wichtige Positionen neu besetzt

**Nach der Ernennung von Ilse Aigner zur Bundesministerin und der Berufung von Karl-Theodor zu Guttenberg zum neuen CSU-Generalsekretär hat die CSU-Landesgruppe wichtige Positionen neu besetzt.**



Für **Ilse Aigner**, die in der vorigen Woche das Amt der Bundesministerin für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz vom

CSU-Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer übernommen hatte, stehen in den kommenden Wochen in Brüssel harte Verhandlungen über die von der EU geplante Neuordnung der Agrarbeihilfen an. Zudem wird sich Bundesministerin Aigner auf europäischer Ebene für einen Milchfonds stark machen, der die Landwirte in ihrem schwierigen Strukturwandel unterstützen soll.



Zum Nachfolger von Ilse Aigner als neuer Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde in dieser Woche **Alexander Dobrindt** gewählt. Bislang leitete er den Arbeitskreis der CSU-Landesgruppe für Wirtschaft, Technologie, Energie, Bildung und Forschung sowie Tourismus.

**Dorothee Bär** wurde von den CDU/CSU-Fraktionsmitgliedern zur Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss gewählt. Sie



folgt damit in ihrer neuen Funktion auf den CSU-Generalsekretär Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg.

Für den aus dem Deutschen Bundestag ausgeschiedenen Horst Seehofer ist inzwischen **Matthäus Strebl** nachgerückt. Der Dingolfinger gehörte



dem Deutschen Bundestag bereits in der 14. und 15. Wahlperiode an.

## Familienpolitik

## Mehr Bares für die Familien

**Die CSU-Landesgruppe hat sich immer für mehr Barleistungen für Familien stark gemacht. Das jetzt beschlossene Familienleistungsgesetz sichert den Familien mehr Wahlfreiheit.**

Der Kinderfreibetrag wird um 200 Euro erhöht. Das Kindergeld jeweils steigt für das erste und zweite Kind monatlich auf 164 Euro, für das dritte Kind auf 170 Euro sowie für das vierte und jedes weitere Kind auf 195 Euro. Diese Erhöhung war nach z. T. mehr als 7 Jahren überfällig.

Zudem gibt es für Kinder und Jugendliche, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, bis zur 10. Klasse 100 Euro für den Schuljahresstart. Dieses Schulbedarfspaket trägt zur Bekämpfung von Kinderarmut bei und verbessert Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen. Hilfebedürftige Familien mit schulpflichtigen Kindern profitieren von dieser direkten Unterstützung. Diese Maßnahmen stärken die Kaufkraft und den Zusammenhalt der Familien. Denn: Die Mehrheit aller Eltern setzt finanzielle Unterstützung verantwortungsbewusst zum Wohle ihrer Kinder ein. Besonders die Mehrkinderfamilien werden in ihrer wirtschaftlichen Stabilität gefestigt.

Mit einer ganzen Reihe verbesserter Leistungen ist die Union auf klarem Kurs für die Familien: Als erste finanzwirksame Entscheidung wurden die Kinderbetreuungskosten steuerlich absetzbar gemacht – bis zu maximal 4.000 Euro pro Jahr und Kind.

Mit dem Elterngeld erhalten Eltern Geld und Zeit, um sich mit ihren neugeborenen Kindern zu beschäftigen. Bereits im ersten Jahr wurden fast 400.000 Elterngeldanträge bewilligt.

Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, verdienen genauso Unterstützung wie diejenigen, die sich für eine zeitweilige Betreuung in Kindertagesstätten entscheiden. Aus diesem Grund wird ab 2013 die Wahlfreiheit der Eltern durch die Einführung des Betreuungsgeldes gestärkt. Die Zahl derjenigen, die den Kinderzuschlag erhalten können, wird ausgeweitet und das Antragsverfahren erleichtert. Künftig profitieren insgesamt rund 250.000 Kinder vom Kinderzuschlag.

## Arbeitsmarkt

## Vermittlungsarbeit wird schlagkräftiger

Die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt sind unübersehbar: Die Arbeitslosigkeit konnte im Oktober auf unter drei Millionen gesenkt werden. Diese Erfolge gilt es zu sichern – gerade angesichts der drohenden konjunkturellen Schwächeperiode. Deshalb ist es wichtig, die Arbeitsvermittlung schlagkräftiger aufzustellen. Genau dies leistet der Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, den der Deutsche Bundestag in dieser Woche in 1. Lesung beraten hat.

Die Bundesagentur soll zu einem noch schlagkräftigeren Dienstleister am Arbeitsmarkt werden. Mehr Transparenz: Dazu wird die Zahl der Instrumente reduziert. Das heißt: Wirksame Instrumente werden fortentwickelt und unwirksame Instrumente wie die sog. Jobrotation abgeschafft. Zudem werden gleichartige Instrumente in einem Instrument wie dem Vermittlungsbudget zusammengefasst.

Wichtig ist, dass die Entscheidung, ob Hilfe gewährt wird, tatsächlich dem Vermittler vor Ort überlassen bleibt. Durch stärkeres Ermessen und stärkere Handlungsspielräume der Vermittler vor Ort kann Vermittlung besser auf die individuellen Bedürfnisse ausgerichtet werden. Im Mittelpunkt sollen Fragen stehen, welche Hemmnisse bei dem jeweiligen Arbeitssuchenden beseitigt werden müssen und was getan werden kann, um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Das Vermittlungsbudget gewährleistet eine flexible, bedarfsgerechte und unbürokratische Förderung.

### kurz notiert xxx kurz notiert xxx kurz notiert xxx kurz notiert xxx kurz notiert

#### Weitere Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung eingeleitet

In 1. Lesung hat der Deutsche Bundestag die von der CSU-Landesgruppe maßgeblich mitinitiierte Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8% eingeleitet. Ursprünglich war in der Großen Koalition ab 01.01.2009 eine Absenkung auf 3,0% vereinbart.

Mit dem neuerlichen Entlastungsschritt wird sich der Beitrag dann seit 2007 von 6,5% auf 2,8% deutlich mehr als halbiert haben. Für die Beitragszahler, also Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, bedeutet dies eine Entlastung um ca. 30 Milliarden Euro. Dies entspricht etwa dem Volumen von zwei Mehrwertsteuerpunkten

#### Hohe Erfolgsquote betrieblicher Arbeitsbündnisse

Betriebliche Bündnisse für Arbeit sind ein wirksames Instrument zur Sicherung von Firmenstandorten und Arbeitsplätzen. 46 Prozent aller Firmen der Metall- und Elektroindustrie, die ein solches Bündnis eingegangen waren, sprachen bei einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft von einem vollständigen Erfolg. Im Schnitt wurden je Bündnis 51 Arbeitsplätze gesichert und 32 zusätzliche geschaffen.

#### Kampf gegen Schwarzarbeit wird weiter intensiviert

Der erfolgreiche Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung wird entschlossen fortgesetzt. In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag weitere Maßnahmen abschließend beraten.

Gesetzlich verankert werden nunmehr zum Beispiel die Einführung einer Mitführungspflicht von Ausweispapieren bei der Erbringung von Dienst- oder Werkleistungen. Zudem wird eine Sofortmeldung zum Zeitpunkt der Beschäftigungsaufnahme in Branchen eingeführt, die von Schwarzarbeit besonders betroffen sind.